



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 9

September 1969

Seite

Neues aus der ITF

Die Entführung der TWA-Maschine nach Damaskus	82
Italienische Hafendarbeiter helfen griechischem Flüchtling	82
Kongress des Schwedischen Transportarbeiterverbandes	83

Transport und Verkehr

Sozialistische Opposition fordert neue Verkehrspolitik in Oesterreich	83
USA: Erziehungsprojekt für 2000 Eisenbahner	84
USA: Noch kein Erfolg im Konflikt über Heizerstellen	84

Gewerkschaften

Generalstreik in Argentinien	84
Grossbritannien: Ruf nach Einführung der Lohngleichheit	85
IBFG über die Verletzung der Gewerkschaftsrechte in Griechenland	85
Der Kongress des Schwedischen Seeleuteverbandes verurteilt die Schifffahrt unter der Schattenflagge	86

Aus der Welt der Arbeit

Deutschland: Neue Tarifverträge für Hochsee- und Heringfischer	87
Ein wichtiger Sieg des französischen Kabinenpersonals	87
Grossbritannien: Neuregelung für Autobuspersonal	88
Treibnetzfischer von Aberdeen nehmen einen Antrag der Unternehmer an	88
Verhandlungen über Eisenbahnerlöhne in Grossbritannien	88
Grossbritannien: Einzigartiger Vertrag	88
Neuer Vertrag des Japanischen Seeleuteverbandes	89
Lohnerhöhungen für holländische Seeleute	89
Keine Einigung im Lohnstreit der südafrikanischen Fischer	89

Personelles

90

Anhang

ITF-Erklärung zu der Entführung der TWA-Maschine Boeing 707 nach Damaskus

NEUES AUS DER ITF

Die Entführung der Boeing-Maschine der 'Transworld Airlines'
nach Damaskus

Am 30. August wurde eine Maschine Boeing 707 der 'Transworld Airlines' auf ihrem planmässigen Flug von Rom nach Athen nach Damaskus entführt. Die 'Volksfront für die Befreiung Palästinas' hat gleich darauf die Verantwortung für diese Tat übernommen. Einige Minuten nach der Landung auf dem Flughafen von Damaskus erfolgte eine Explosion, wodurch das Vorderteil der Maschine und die Führerkabine vollständig zerstört wurden. Die Fluggäste und die Besatzung wurden im Flughafen festgehalten. Alle, mit Ausnahme von zwei Fluggästen, israelischen Staatsbürgern, wurden seitdem wieder freigelassen. Man bemüht sich um die Freilassung dieser zwei Personen.

Am 3. September hat die ITF eine Erklärung abgegeben, die in dieser Ausgabe als Beilage wiedergegeben wird. Der Geschäftsführende Ausschuss der ITF hat auf seiner Sitzung vom 7. September die Aktion des Generalsekretärs gutgeheissen und billigte die Bemühungen der ITF, bei internationalen Organisationen und Regierungen darauf zu dringen, Schritte zu unternehmen, damit dem Verbrechen der Flugzeugentführungen Einhalt geboten wird.

Am 8. September hat der Generalsekretär der ICAO telegraphisch mitgeteilt, dass am 23. September der Rechtsunterausschuss der ICAO zusammentreten wird. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieser Ausschuss seine Arbeiten bald und zufriedenstellend beenden wird.

ITALIEN

Italienischer Hafentarbeiterverband hilft einem jungen griechischen Flüchtling

Am 21. August landete das griechische Handelsschiff 'Theoris' im Hafen von Genua (Italien), worauf der griechische Konsul sofort an Bord trat, da die griechische Besatzung im Verdacht stand, "unerlaubte" Literatur zu besitzen. Der Konsul hat der Besatzung klargemacht, dass, falls sich unter ihnen ein "Renegat" befindet, er mit schwerem Kerker bestraft werden wird.

Diese Warnung erschreckte einen der jüngsten Besatzungsmitglieder, den 18-jährigen Deckmatrosen Panagiotis Stamakis, der darüber besorgt war, was mit ihm geschehen könnte, wenn er nach Griechenland zurückkehrt. Einige Zeit später erhielt er einen Hafenuurlaub, wo er sich mit zwei griechischen Flüchtlingen in Verbindung setzte. Stamakis hat darauf beschlossen, in sein Land nicht zurückzukehren.

und seine zwei Landsleute begaben sich an Bord des Schiffes, um in seinem Namen seinen Pass und seine Habseligkeiten zu verlangen. Der Kapitän erklärte, er könne dies nicht tun, ohne vorher mit dem griechischen Konsul in Verbindung zu treten, da der junge Seemann vorher nichts von seiner Absicht erwähnte.

Die der ITF angeschlossenen Verbände der Seeleute und Hafentarbeiter, die diesen Vorfall genau verfolgten, wurden von der Entscheidung des Kapitäns verstimmt. Die Hafentarbeiter haben beschlossen, die Behandlung der Ladungen auf dem Schiff sofort einzustellen, um den Kapitän und den griechischen Konsul unter Druck zu setzen. Nach einiger Zögerung wurde der Pass des jungen Mannes den italienischen Polizeibehörden ausgehändigt. Daraufhin haben die Hafentarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

SCHWEDEN

Kongress des Schwedischen Transportarbeiterverbandes

Der vierjährige Kongress des Schwedischen Transportarbeiterverbandes fand vom 10. bis 15. August in Stockholm statt. Der amtsführende Vorsitzende des Verbandes, Hans Ericson, wurde zum Vorsitzenden und der amtierende Sekretär, Sture Jönson, zum Sekretär des Verbandes gewählt.

Voller Bericht über den Kongress erscheint in Nr. 3 der ITF-Zeitung.

TRANSPORT UND VERKEHR

OESTERREICH

Die sozialistische Opposition fordert eine neue Verkehrspolitik in Oesterreich

Die in Opposition stehende Sozialistische Partei Oesterreichs hielt in Wien eine Konferenz über die Verkehrspolitik ab. Der Obmann der der ITF angeschlossenen Gewerkschaft der österreichischen Eisenbahner, Fritz Prechtel, griff in seinem Vortrag scharf die Verkehrspolitik der Regierung an, die sich auf den veralteten Grundsatz der freien Marktwirtschaft stützt und auf das Profitmotiv abgestimmt ist. Ein Mangel an fortschrittlicher Verkehrsplanung seitens der Regierungspartei führte ausserdem zu einem ungesunden Wettbewerb zwischen den verschiedenen Zweigen des öffentlichen Verkehrs, wodurch die Oesterreichischen Bundesbahnen besonders benachteiligt werden. Es sei jetzt an der Zeit, die Auffassung aufzugeben, dass die Eisenbahnen (und andere öffentliche Verkehrsbetriebe) einen Gewinn aus den Fahrgeldern abwerfen müssten. Den Eisenbahnen sollte wieder auf die Beine geholfen und wieder konkurrenzfähig gemacht werden, durch die

Errichtung einer zentralen Verkehrsbehörde für alle Zweige des öffentlichen Verkehrs. Diese Behörde soll für die Verkehrsplanung und für die Investierung der öffentlichen Gelder verantwortlich sein.

VEREINIGTE STAATEN

Erziehungsprojekt für 2000 Eisenbahner

Durch ein vom Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialministerium zusammen mit dem der ITF angeschlossenen Eisenbahnerkartell (RLEA), und der Eisenbahnverwaltung ins Leben gerufenes Projekt sollen 2000 Eisenbahner von sieben Eisenbahnbetrieben auf dem Gebiet von Chicago in Gelegenheit versetzt werden, ihre grundlegende Erziehung, die sie aus irgendeinem Grunde nicht genossen hatten, nachzuholen. Eine staatliche Zuwendung von einer Million Dollar wird Geldmittel für einen 14-monatigen Kurs verfügbar machen. Die Eisenbahnverwaltung wird dazu die notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung stellen und die Gewerkschaften und die Verwaltung werden die Kursteilnehmer auswählen. George E. Leighty, Präsident der RLEA, hat der Befriedigung seitens der Gewerkschaften darüber zum Ausdruck gegeben, dass es ihr ermöglicht wurde, an diesem "humanen Unternehmen" mitzuarbeiten. "Durch dieses Projekt" erklärte er, "werden diese Männer und Frauen mit grundlegenden Fähigkeiten und Kenntnissen ausgestattet, die es ihnen ermöglichen werden, bessere Beschäftigungen zu bekommen, das Gefühl wirtschaftlicher Sicherheit zu erlangen und ihr Selbstbewusstsein zu erhöhen."

Noch kein Erfolg im Konflikt über Heizerstellen

Gemeinsame Bemühungen des der ITF angeschlossenen Amerikanischen Transportarbeiterverbandes und der Eisenbahnen über die Besetzung von Heizerstellen führten bisher zu keinem Erfolg. Der frühere Verband des Lokomotivpersonals, der jetzt dem Transportarbeiterverband angehört, hat sich seit 1963 für die Wiederherstellung der Heizerstellen eingesetzt. Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes, Charles Luna, hat ein Schlichtungsverfahren abgelehnt. Er hat zum wiederholten Male die Bedeutung einer genügenden Bemannung aus Sicherheitsgründen betont.

GEWERKSCHAFTEN

ARGENTINIEN

Generalstreik in Argentinien

Die argentinischen Arbeiter haben am 27. August einen eintägigen Generalstreik im ganzen Lande durchgeführt, zur Unterstützung ihrer Forderung nach einer Lohnerhöhung und zum Protest gegen die Inhaftierung vieler ihrer Führer aufgrund des nach dem Streik

vom 30. Mai verhängten Ausnahmezustandes. Beinahe die ganze Wirtschaft wurde durch den Streik lahmgelegt.

GROSSBRITANNIEN

Ruf nach Einführung der Lohngleichheit

Der im September in Portsmouth abgehaltene Kongress des Britischen Gewerkschaftsbundes hat einstimmig eine Entschliessung angenommen, worin die britische Regierung aufgefordert wird, Schritte zur sofortigen Verwirklichung des Grundsatzes "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zu unternehmen, also die Lohngleichheit für Frauen einzuführen. Der Vorschlag wurde vom damaligen Generalsekretär des der ITF angeschlossenen Britischen Transportarbeiterverbandes, Frank Cousins, unterbreitet. Seine Organisation hat sich lang für dieses Prinzip eingesetzt, Cousins erklärte, er sei mit der vom Ministerpräsidenten dem Kongress gemachten Zusage, die Lohngleichheit in Etappen einzuführen, da die Wirtschaftslage eine andere Lösung nicht gestatten würde, bei langem nicht zufrieden. Dies, erklärte Cousins, sei keine Antwort. "Wir erklären", sagte er, "dass wir diesen Zustand viel zu lange geduldet haben. Ich verlange Eure Unterstützung, zugunsten aller betroffenen Personen, diese Widersinnigkeit aus der Welt zu schaffen".

GRIECHENLAND

IBFG über die Verletzung der Gewerkschaftsrechte in Griechenland

Umfassende Beweise über die rohe Verletzung der Gewerkschaftsrechte durch die griechische Militärregierung wurde der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften vorgelegt. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1968 wurde auf Verlangen der Vertreter der dem IBFG angeschlossenen Organisationen eine Untersuchungskommission eingesetzt.

Sofort nach der Machtergreifung, im April 1967, hat dem Bericht des IBFG zufolge das griechische Militärregime alle in der griechischen Verfassung enthaltenen menschlichen und gewerkschaftlichen Grundrechte aufgehoben und einen Belagerungszustand verhängt. Daraufhin ging das Regime daran, eine grosse Anzahl von Gewerkschaften aufzulösen, rechtmässig gewählte Gewerkschaftsfunktionäre abzusetzen und viele Gewerkschafter zu verhaften. Tatsachen beweisen, dass örtliche Militärgouverneure für die Absetzung einer beträchtlichen Anzahl von Vorstandsmitgliedern zentraler, föderativer und örtlicher Gewerkschaftsorganisationen verantwortlich waren. In anderen Fällen wurden rechtmässig gewählte Gewerkschaftsfunktionäre zum Rücktritt gezwungen und ihre Stellen wurden durch andere von den Militärbehörden angewiesene Personen besetzt.

Gewerkschaftsversammlungen sind einer Polizei- und Armeekontrolle unterworfen. Die Polizei schliesst der ihr zugegangenen Informationen zufolge Delegierte zu Gewerkschaftskongressen willkürlich

aus und hebt ihre Kandidaturen zu Gewerkschaftsfunktionen auf. Es ist keiner Organisation gestattet, ohne vorheriges Erlaubnis eine Gewerkschaftszeitung oder selbst ein Rundschreiben oder eine Erklärung zu veröffentlichen. Trotz gegenteiliger Behauptungen seitens des Militärregimes werden Gewerkschaftsfunktionäre wegen "Vergehen", die direkt mit ihrer Gewerkschaftstätigkeit zusammenhängen, gefangengehalten. Die Unternehmer sind jetzt ermächtigt worden, selbst die Zeit festzusetzen, die die Gewerkschaftsfunktionäre ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit widmen dürfen. Das Streikrecht wurde praktisch aufgehoben.

Der IBFG stellt fest, dass die vom griechischen Militärregime am 10. Mai 1969 erlassenen Gewerkschaftsverordnungen dem Buchstaben und dem Geist der IAO-Uebereinkommen widersprechen. Aufgrund dieser Verordnungen können die Behörden jede Gewerkschaftstätigkeit als staatsfeindlich erklären und Gewerkschaften auflösen sowie ihre Funktionäre absetzen. Mehr als 600 Gewerkschaftsfunktionäre wurden aufgrund dieser Verordnungen entlassen.

Der IBFG erklärt ferner, dass kein Zweifel darüber besteht, dass die IAO-Uebereinkommen Nr. 87 und 98 von der griechischen Regierung missachtet und die in diesen Uebereinkommen enthaltenen notwendigen Garantien in grober Weise verletzt werden.

SCHWEDEN

Der Kongress des Schwedischen Seeleuteverbandes verurteilt die Schifffahrt unter der Schattenflagge

Der vor kurzem abgehaltene Kongress des Schwedischen Seeleuteverbandes forderte einen energischen Kampf gegen die Schifffahrt unter der Schattenflagge. Der Vorsitzende Johan S. Thore unterstrich die langjährigen Beziehungen des Verbandes mit der ITF und sprach sich für eine Blockade aus, zur Fernhaltung aller Schiffe unter der Schattenflagge sowie anderer Schiffe, für die kein Vertrag mit der ITF abgeschlossen wurde, von den schwedischen Häfen. Der schwedische Handelsminister, Gunnar Lange, erwähnte in seiner Ansprache die unerwünschten Auswirkungen dieser Flagge, wegen Unterbietung in Heuern u.dgl., auf die Konkurrenzfähigkeit der Schifffahrt. Es wäre im Interesse aller, erklärte er, wenn die internationale Schifffahrt frei und unter gleichen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen könnte.

Dem Kongress wurde mitgeteilt, dass der Vorsitzende Johan S. Thore im September 1970 in den Ruhestand treten und Gunnar Karlsson sein Nachfolger werden wird. Der Generalsekretär, Ernst Råberg, wird ebenfalls in den Ruhestand treten und Gustav Klang wird seinen Posten übernehmen.

AUS DER WELT DER ARBEIT

DEUTSCHLAND

Neue Tarifverträge für Hochsee- und Heringfischer

Nach langen Verhandlungen hat die der ITF angeschlossene Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr zwei neue Tarifverträge unterzeichnet, und zwar für:

1) Hochseefischer

Nach dem Tarifvertrag, der am 1. Juli in Kraft getreten ist, werden gewisse Vergünstigungen für die Kapitäne und Mannschaften an Bord von Fahrzeugen in der Hochseefischerei (mit Ausnahme der Fabrikschiffe) verbessert. Bemannungen in Schiffen mit frischem Fisch erhalten künftig um 5-15% des Fangertrags mehr als bisher; der Grundlohn des Kapitäns beträgt DM 1700; die garantierten Löhne der Mannschaften wurden um 8% erhöht, im Hafen um 10%; die Versicherung für den Verlust von Habseligkeiten und Ausrüstung wurde an die in den für die deutsche Schifffahrt geltenden Bestimmungen angepasst; und die Reisezulage für Reisen von mehr als 8 Stunden wurde von DM 16,50 auf DM 20,-- erhöht. Die beiden Parteien einigten sich auf die Wiederaufnahme von Verhandlungen über neue Lohnsätze in Fabrikschiffen.

2) Heringsfischer

Der am 1. Juni in Kraft getretene Tarifvertrag sieht Verbesserungen für die Kapitäne und Mannschaften in der Heringsfischerei vor. Der garantierte Lohn der Kapitäne wurde von DM 1200 auf DM 1600, der Ueberstundenzuschlag um 12 % erhöht; der Anteil der Mannschaften am Nettoertrag bei Versteigerungen wurde um 20%, der der Kapitäne um 10% erhöht. Die Bezahlung für Bereitschaftsdienst im Hafen und für Laden und Löschen erhöhte sich um 15%.

FRANKREICH

Ein wichtiger Sieg des französischen Kabinenpersonals

Nach langwierigen Unterhandlungen mit "Air France" hat die französische Gewerkschaft des Flugkabinenpersonals (SNPNC) einen bedeutenden Sieg errungen: die Verwaltung hat alle ihre Forderungen angenommen. Die wichtigsten Punkte des von der SNPNC unterzeichneten Vertrags sind: zusätzliche Kabinenangestellte in allen Kurzflügen (B 727 und Caravelle); Abschaffung der Altersgrenze der Stewardessen im Flugdienst; Vorkehrungen, wonach das bei der "Air France" beschäftigte Saisonpersonal im Jahre 1970 in das ständige Personal aufgenommen wird. Ueber die künftige Anwerbung von Saisonpersonal werden weitere Verhandlungen stattfinden. (Einzelheiten werden in der nächsten Nummer veröffentlicht.)

GROSSBRITANNIEN

Neuregelung für Autobuspersonal

Das Autobuspersonal bei privaten Firmen in England, Schottland und Wales erzielten eine Neuregelung ihrer Arbeitsbedingungen, wobei ihre Grundlöhne erhöht, die jährlichen Ferien verlängert und die Ferienzuschläge erhöht wurden. Ein qualifizierter Autobuslenker bekommt jetzt einen Wochenlohn von £ 14.9.10d. und ein Schaffner £ 14.3.1d. Der Zuschlag im Einmannbetrieb von Doppeldecker-Autobussen wurde von 22,5% auf 25% erhöht. Die neuen Lohnsätze sind Mitte September in Kraft getreten. Die jährlichen Ferien für Personen mit sieben und mehr Dienstjahren wurde auf drei Wochen festgesetzt. Diesjährige Ferienzulage wurde von £ 2 auf £ 2.10.0d. erhöht; im nächsten Jahre wird diese Zulage £ 2.18.0d. für Personen mit weniger als sieben Dienstjahren und £ 4.7.0d. mit mehr als sieben Dienstjahren betragen.

Treibnetzfischer von Aberdeen nehmen einen Antrag der Unternehmer an

Die Schleppnetzfischer von Aberdeen haben nach einem zehnwöchigen Streik ein Anerbieten der Unternehmer angenommen. Die 1000 an dem Streik beteiligten Treibnetzfischer waren bei ihren Forderungen von dem der ITF angeschlossenen Britischen Transportarbeiterverband unterstützt. Ihre Forderung nach einem Grundlohn für Deckmannschaften von £ 3 pro Tag wurde bewilligt, was eine Erhöhung von 17s.9d. bedeutet. Sie bekommen auch einen besonderen Zuschlag, dessen Höhe sich nach der gelöschten Fischmenge richtet. Es ist möglich, dass die Fischer sich künftig weigern werden, mit Unorganisierten zusammenzuarbeiten.

Verhandlungen über Eisenbahnerlöhne

Der der ITF angeschlossene Britische Verband des Lokomotivpersonals (ASLEF) genehmigte nach kürzlichen Verhandlungen ein Anerbieten der britischen Eisenbahnverwaltung. Unter Berücksichtigung aller Verbesserungen der Lohn- und anderen Bedingungen beträgt die Erhöhung insgesamt 8%. Lokomotivführer mit 30 Dienstjahren erhalten einen "besonderen Status", wodurch sie den Anspruch auf jährliche Ferien von drei Wochen und auf ein höheres Krankengeld erlangen.

Einzigartiger Vertrag

Ein einzigartiger, von einer Lastkraftwagenfirma in Norfolk und dem der ITF angeschlossenen Britischen Transportarbeiterverband unterzeichneter Vertrag räumt dem Verband das Recht ein, bei Streitfällen die Rechnungsbücher der Firma zu prüfen.

Ein Sprecher des Verbandes äusserte sich zu dieser neuen Vertragsart: "Dies ist eine bedeutsame Neuerung in den Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie bringt die Gewerkschaft einen wichtigen Schritt näher zu der wirklichen Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Betriebe, in denen sie arbeiten".

JAPAN

Neuer Vertrag des Japanischen Seeleuteverbandes

Der der ITF angeschlossene Japanische Seeleuteverband hat einen Vertrag ausgehandelt, wodurch die Arbeitsbedingungen in der Ueberseeschifffahrt verbessert werden. Der Vertrag ist für ein Jahr, rückwirkend vom April d.J., gültig. Er enthält folgende Bestimmungen: Erhöhung von Zulagen und den täglichen Fahrzulagen für den Kapitän und den Obermaschinisten; eine Zulage von 15% zu der Grundheuer für Reisen ausserhalb Japans von mindestens sechs Monaten; diese Zulage wird auch bezahlt, wenn auf Verlangen der Reederei die Reise noch vor Ablauf von sechs Monaten beendet wird; und zusätzliche bezahlte Ferien von einem Tag für jeden im Ausland verbrachten Dienstmonat.

NIEDERLANDE

Lohnerhöhungen für holländische Seeleute

Nach Verhandlungen von mehr als zwei Jahren hat der der ITF angeschlossene Niederländische Seeleuteverband mit dem Reederverband einen Vertrag abgeschlossen. In der Ueberseeschifffahrt sind die Heuern nicht mehr vom Tonnengehalt der Schiffe abhängig und ab 1. Mai 1969 wird an Bord aller Schiffe über 2000 BRT die gleiche Heuer bezahlt. Die Entlohnung der Offiziere und Mannschaften wurde um mindestens 7% erhöht. Dieses Ergebnis wurde erzielt aufgrund von Arbeitsstudien in der niederländischen Seeschifffahrt. Die aufgrund dieser Studien ausgearbeiteten Empfehlungen werden in drei Etappen durchgeführt, im Mai 1969, im Januar 1970 und im Januar 1971.

Obwohl hinsichtlich der Durchführung von Arbeitsstudien in der Küstenschifffahrt keine Einigung erzielt werden konnte, wurden auch die Löhne der Offiziere und Mannschaften in der Küstenschifffahrt um 7 % erhöht.

SUEDAFRIKA

Keine Einigung im Lohnstreit der südafrikanischen Fischer

Die ITF hat sich mit dem ihr angeschlossenen Südafrikanischen Fischerverband in ihrem langwierigen Lohnstreit solidarisch erklärt. Der Lohnvertrag des Verbandes lief Ende Februar ab, aber seitdem führten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis und alle Einigungsversuche blieben erfolglos. Die Unternehmer machen die Ueberprüfung der Löhne von der Zustimmung des Verbandes mit einer Personalverminderung abhängig, was der Verband abgelehnt hat. Der Fall wird jetzt einem Schlichtungsausschuss vorgelegt.

PERSONELLES

V.V. Giri, der frühere Vorsitzende der der ITF angeschlossenen Indischen Eisenbahnerföderation wurde zum Staatspräsidenten Indiens gewählt. Der jetzt 75-jährige Präsident Giri war einer der Begründer des im Jahre 1920 ins Leben gerufenen Indischen Gewerkschaftsbundes (AITUC) und war zweimal sein Vorsitzender. Er war auch lange Jahre Vorsitzender der Indischen Eisenbahnerföderation. Nach der Unabhängigkeit Indiens war er Arbeitsminister, aber dankte später ab. Er diente dann als Gouverneur verschiedener indischer Teilstaaten und im Jahre 1967 wurde er zum Vizepräsidenten Indiens gewählt.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

Sektionskonferenz der Seeleute	Genua, 12-13 September 1969
Sektionsausschuss Transportverwandte Berufe und Dienste	London, 14-15 Oktober 1969
Sektionskonferenz der Eisenbahner	Mexiko, 11-14 November 1969
ITF-Vorstand	Mexiko, 18-19 November 1969
Sektionsausschuss Zivilluftfahrt	Utrecht, 2-4 Dezember 1969
Sicherheitsunterausschuss der Sektion Strassentransport	London, 17-19 Dezember 1969

WEITERE INFORMATIONEN UEBER
DIE IN DIESER NUMMER ENTHAL-
TENEN MITTEILUNGEN SIND VOM
SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ER-
HAELTLICH.

ITF-ERKLÄRUNG ZU DER ENTFÜHRUNG DER TWA-MASCHINE BOEING 707
NACH DAMASKUS

Die Entführung der TWA-Maschine Boeing 707 nach Damaskus am 30. August unterstreicht wieder einmal die dringende Notwendigkeit einer sofortigen Aktion, um die Entführung von Flugzeugen und andere Angriffe auf Zivilflugzeuge auf weltweiter Ebene als gesetzwidrig zu erklären und mit möglichst strengen Strafen zu belegen. Sie gibt ein neues Argument für die Bemühungen innerhalb der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation der Vereinten Nationen (ICAO), um die Aufstellung und weltweite Ratifizierung einer Urkunde, wodurch die Entführung eines Flugzeuges zu einem international anerkannten Verbrechen erklärt wird. Diese Bemühungen finden volle Unterstützung seitens der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), die unter ihren 6¹/₂ Millionen Mitgliedern mehr als 150.000 Zivilluftfahrtbedienstete zählt.

Die Tatsache, dass die kürzliche Entführung, gleich wie die der El Al Boeing-Maschine im Juli 1968, wegen ihrem engen Zusammenhang mit der explosiven Lage im Nahen Osten eine weite Publizität in der Weltpresse erhielt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier nur um eines einer langen Reihe der in den letzten Monaten verübten Verbrechen gegen die Zivilluftfahrt handelt. Eine Anzahl dieser Taten wurde nur kurz in den Massenmedien erwähnt, obwohl jede von ihnen eine wirkliche und potentielle Bedrohung des Zivilluftfahrtspersonals und der dabei unschuldig in Mitleidenschaft gezogenen Fahrgäste darstellt.

Um nur einige der etwa 50 nur im letzten Jahr verzeichneten Fälle herauszugreifen, erwähnen wir die Entführung einer Maschine der "Ethiopian Airlines" nach Khartoum; die Anbringung einer Zeitbombe seitens der sog. Abessinischen Befreiungsfront in eine abessinische Maschine, die explodierte, während sich die Maschine noch in Frankfurt befand und einige Putzfrauen verwundete; die Entführung einer Maschine der "Olympic Airlines" nach Albanien und einer Maschine der Vereinigten Arabischen Republik nach Saudi-Arabien; und die versuchte Entführung einer kolumbischen Maschine im Inlandflugdienst nach Kuba, wobei es im Lufthafen von Cartagena zu einer Schiesserei zwischen Truppen und den Entführten kam, bei den zwei Personen ums Leben kamen und mehrere verwundet wurden.

Alle diese Beispiele, und viele andere könnten noch hinzugefügt werden (einschliesslich solche, bei denen Entführer durch rasches Eingreifen der Polizei in gewissen europäischen Ländern an der Durchführung ihrer Absichten gehindert wurden) zeigen sehr deutlich, dass ein Zivilflugzeug in jedem Lande Gegenstand von Entführern werden kann, ganz gleich, ob es sich bei diesen um Subjekte mit wirklichen oder eingebildeten Gründen zu Klagen handelt, oder um Mitglieder fanatischer politischer Gruppen, die ihre terroristischen Methoden zur kostenlosen internationalen Publizität für ihre Ziele ausnutzen wollen.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation ist der Ansicht, dass die Verantwortung zur Ergreifung von Massnahmen gegen diese verbrecherischen und unverantwortlichen Handlungen gegen die Zivilluftfahrt bei den Regierungen liegt. Sie hat bereits bei der ICAO und bei den Regierungen darauf gedrungen, folgende Massnahmen zu treffen:

- (a) Die Entführung von Flugzeugen und andere gesetzwidrige Handlungen gegen Flugzeuge als ein Verbrechen gegen die internationale Gemeinschaft zu erklären;
- (b) baldige Einführung äusserst strenger Strafen für solche Verbrechen;
- (c) unmittelbare Rückgabe solcher Flugzeuge samt voller Besatzung und mit allen Fluggästen seitens der Regierungen, auf deren Gebiet sie gewaltsam entführt wurden;
- (d) die Auslieferung der Entführer an den Staat, in dem das Flugzeug registriert ist;
- (e) Beendigung offener oder stillschweigender Unterstützung seitens aller Regierungen an terroristische Organisationen, die sich der Angriffe gegen Zivilflugzeuge betätigen, da eine solche Unterstützung, welchen Beweggründen immer sie entspringt, unvermeidlich das Gutheissen von Handlungen wie Diebstahl, Entführung, Gewalttätigkeit, Totschlag und Mord in sich birgt.

Obwohl keine gesetzliche Massnahme entschlossene und fanatische Entführer an der Durchführung ihrer Tat hindern kann, könnte die Einführung von wirklich strengen, mit voller Strenge allgemein angewandten Abschreckungsmassnahmen sehr viel zu der Eindämmung der jetzigen Welle von Verbrechen gegen Flugzeuge auf ein Mindestmass beitragen. Die Regierungen sollten deshalb unverzüglich alle Schritte zur Erreichung dieses Zieles unternehmen.

Obwohl die Bediensteten in der Zivilluftfahrt sich dessen bewusst sind, dass dieses Problem vornehmlich von den Regierungen gelöst werden muss, ist ihre Geduld angesichts dieser ständigen Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit und der ihrer Fluggäste nicht unerschöpflich. Die gegenwärtige Lage war deshalb Gegenstand von Besprechungen des Geschäftsführenden Ausschusses der ITF, um festzustellen, ob die ITF und das von ihr vertretene Luftfahrtpersonal Massnahmen ergreifen soll, um eine unmittelbare Aktion gegen die Luftpiraten zu erreichen.

London, den 3. September 1969